

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Postboten 2.20 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark z. B. 25 Pfennige Zeitungsgebühr. Einzelne Ausgaben 10 Pfennige. Die Tagespreise werden nach Absicht-Zellen berechnet; die Zeitungs-Zellen nach Absicht-Zellen berechnet. Die Tagespreise werden nach Absicht-Zellen berechnet; die Zeitungs-Zellen nach Absicht-Zellen berechnet.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Generalsport Alexander von Kluck 80 Jahre.
Einer der herrorragendsten Führer der deutschen Armee im Weltkrieg, Generaloberst Alexander von Kluck, feiert am 20. Mai seinen 80. Geburtstag. Er wurde 1896 Oberst, 1899 Generalmajor, 1902 Generalleutnant, 1906 kommandierender General des 5. Armeekorps und General der Infanterie, 1913 Generalinspekteur der 8. Armeeinspektion und Generaloberst. Im Weltkrieg war ihm die Leitung der 1. Armee anvertraut, mit der er als rechter Flügel des Vormarsches durch Belgien und Nordfrankreich einbrach.

In einer Fraktionslösung des gestrigen Tages wurde mitgeteilt, daß der Reichspräsident an der einmal erlassenen Flaggenerordnung festhält. Wir geben diese Nachricht unter Vorbehalt wieder. Die Zurückziehung von Zivilisten und Herabsetzen zum Ausschluß für Schaffung einer Einheitsflagge wird hiermit in Verbindung gebracht.

Die im letzten August die juristische Bedeutung des Zentrumsvorfalls seit dem parlamentarischen Grundgesetz in Berlin eine Reihe Verbands- und Delegiertenversammlungen (Mingler) ausgeschrieben werden. Die Regierung war, hofft für die Abstimmung im Reichstag auf die Stimmenhaltung der Deutschnationalen. Im Reichstag ist ein sozialdemokratischer Antrag eingeleitet, der die Einleitung eines Ausschusses zur Nachprüfung der Flaggenerordnung verlangt.

Die Frühlingsbewegungen haben im Reichsgesicht eingeleitet. In den Pfingsttagen finden in Berlin eine Reihe Verbands- und Delegiertenversammlungen (Mingler) statt, um die Lohnforderungen zu formulieren. Die bisherige Ruhe im deutschen Bergbau ist einer erregten Hebe gemessen, die zweifellos von kommunistischen Agitatoren herzuft. Die bisher bekanntgewordenen Beschüsse von Bergarbeiterversammlungen in Westdeutschland zeigen sich in erster Linie auf eine gezielte Bekämpfung weiterer Stilllegungen und Betriebs- einsparungen.

Die Berliner polnische Gesamtschaft, ebenso das polnische Generalkonsulat haben sich in den polnischen Werten für neutral erklären müssen. Seit gestern gehen der Gesamtschaft nicht nur Anordnungen aus Warschau, sondern auch solche von der Regierung in Polen zu.

Die in Polen ausgerufene polnische Gegenregierung führt sich auf die meisten regierungs- treuen Garnisonen der ehemals deutschen Gebiete. In Polen sind Proklamationen der Gegenregierung erschienen, nach denen die Truppen erneut den Eid der Verfassung geschworen und Willkür außerhalb der Gebiete lebend erklärt wird. Damit ist der Bürgerkrieg in Polen ausgetroffen.

Aus Marokko werden keine Erfolge der Franzosen gemeldet und sehr verlustreiche Kämpfe der Spanier, gegen die Abd el Krim zu einem ver- nichtenden Schlag auszuheilen scheint.

Die italienische Regierung hat in letzter Zeit der protestantischen Kirche verboten, die sogenannten Pfaffen zu abhaken, d. h. Frauen und Mädchen nach der Schule um sich zu verarmen. Der be- rühmte Erlaß wird damit begründet, daß die katholische Kirche allein in Italien anerkannt sei, während die protestantischen Kirchenvereine nur ge- gebet werden.

Eröffnung der Abrüstungskonferenz in Genf.

Die erste Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz ist gestern vormittag 11 Uhr in öffentlicher Sitzung in Genf zusammen- getreten. Am Ausschuß sind 20 Staaten mit un- gefähr 100 Delegierten und Sachverständigen vertreten. Die Presse aller Länder ist für den Be- zirk vertreten. Die Presse aller Länder ist für den Be- zirk vertreten. Die Presse aller Länder ist für den Be- zirk vertreten.

Die Ausschüsse.

In dem neugebildeten technischen Unterausschuß nehmen jeder der in dem Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz vertretenen Staaten drei Sachverständige, und zwar je einen für Fragen des Landheeres, der Flotte und der Luftstreitkräfte. Ueber die Umgestaltung des Unterausschusses zur Prüfung wirtschaftlicher Fragen, die durch das Abrüstungsproblem auf- gezwungen werden, scheiden noch Verhandlungen.

Deutschlands Stellungnahme.

Eine Erklärung Graf Bernstorff auf der Konferenz.

Der Führer der deutschen Delegation im Vor- bereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz, Graf Bernstorff, hat in der gestern nachmittag eröffneten Generaldebatte eine Erklärung ab- gegeben, in der es heißt:

Die Regierung wird die öffentliche Meinung der deutschen Republik haben mit viel Interesse und Sympathie alle Veruche des Völkerbundes zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Aus sittlichen Gründen muß für die Zukunft die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso fordert die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übertriebene Rüstungen immer zum Kriege führen und schließlich der wirtschaftlichen Lage nicht niemand begünstigen, daß die durch den letzten Krieg verarmte Welt auf die Dauer keine schweren Rüstungen tragen kann.

In der Prämisse des Teils 5 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betref- fenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bemerktlich haben am 16. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schlußbeschluß gefaßt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht,

daß die Abrüstung Deutschlands das Vorbild zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgezeichnet ist. Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk voll- kommen abgestimmt. Das Ziel wird nach un- serer Ansicht am so leichter zu erreichen sein, je mehr wir die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen.

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zu dem Abkommen von Locarno geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut fest- stellen möchte, vollständig von dem Vertrage und dem Geiste von Locarno getragen.

Ohne Abrüstung wird der Völkerbund nie- mals erfolgreich arbeiten können. Solange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Mächte gibt und wieder andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchsicherung des Völkerbundes zu- erlässlichen Schwierigkeiten begegnen. Deutsch- land, das seine Verpflichtung zur Abrüstung so vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen werden, woraus sich für Europa, für die ganze Welt ein Zustand dau- ernder Friede und gegenseitiger Ver- trauens ergeben wird.

England und Amerika.

Auf der gestern nachmittag eröffneten General- debatte im Abrüstungsausschuss beteiligten sich nur Vertreter Englands, Deutschlands und der Ver- einigten Staaten. Der englische Vertreter Lord Robert Cecil erklärte: die Abrüstungs- frage müsse von den zwei Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der national- en Sicherheit betrachtet werden. Wie alle anderen Länder müsse auch England Ersparrnisse in den Ausgaben für seine Streitkräfte erzielen. Was die Frage der Sicherheit betrifft, so bestreite die einzige Lösung in der Herstellung einer all- gemeinen Sicherheit, damit der man zur all- gemeinen Abrüstung gelangen könne. Das eng- lische Volk werde daran mitarbeiten, um im Rahmen der Möglichkeiten die Abrüstung, die eine

Grundbedingung für den Frieden ist, zu einem guten Ziele zu führen.
Der Abrüstungsgebanke sei keine leere Phantasie, sondern sehr wohl praktisch durchführbar.

Nach den Darlegungen von Lord Robert Cecil und der bereits gemachten Erklärung des ersten deutschen Delegierten Grafen Bernstorff sprach Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten. Er bemerkte, daß die Vereinigten Staaten im all- gemeinen Beifall der Länder einen wichtigen Faktor seien, der den Ausbruch von Kriegen be- günstige und daß sie bei ihren Abrüstungs- maßnahmen die wirtschaftlichen Vorkenntnisse mit dem Beifall der anderen Länder berücksichtigen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten ist wie auch die amerikanischen Delegierten von dem wirtschaftlichen Stande erfüllt, daß mit gegen- seitigen guten Willen erzielte Fortschritte erzielt werden können. Für eine Politik der Abrüstungs- einsparungen wäre es nach Auffassung der Vereinigten Staaten angehörs der Vollständigkeit der militärischen Bündnisse der einzelnen Länder das Beste, regionale Bündnisse zu schließen. Was die Abrüstung der Seekräfte anbelangt, wird die amerikanische Regierung sich jeder Maßnahme angeschlossen, die dem Beifall der See neue Schranken setzt.

Gegensatz zwischen England und Frankreich.

Die militärischen Romanen.

Die Debatte über die Frage, was man über- haupt unter Abrüstung verstehen soll, zeigt mit aller Deutlichkeit die Schwierigkeit der Aufgabe des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungs- konferenz und die Gegensätze in den Auffassungen der Vertreter Frankreichs, Italiens und Belgiens einerseits und Englands andererseits.

Der französische Sozialdemokrat Paul Boncour vertrat die These, daß die Herabsetzung der Rüstungen notwendigweise mit der Organi- sierung des wirtschaftlichen und militärischen Beziehungs im Kriegsfalle eng verknüpft werden müsse.

Der italienische General de Marini ging noch viel weiter, indem er auf die Be- deutung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit, der Bodenfläche, Rohstoffe und der Verkehrsmitel, um hinwies und erklärte, daß jedes Meer, das auf seine Küstungen allein angewiesen wäre, heute zu Ohnmacht verurteilt sei. Die natürliche Wirt- schaftskraft eines Landes müsse die Grundlage jeder Abrüstung seiner Streitkräfte sein. Der belgische Senator de Brocaquis unterließ die französische These und verlangte förmlich, daß die Rüstungskräfte eines Landes nach folgenden drei Gesichtspunkten unterteilt wird: 1. Friedenszwecke, 2. Mobilisation in ge- wöhnlichem militärischen Sinne und 3. indus- trielle Mobilisation.

Lord Robert Cecil führte aus:

Lebhaftig vorhandene Rüstungen können herab- gesetzt werden, nicht aber die gesamte potentielle Kriegsmacht eines Landes. Vor 16 des Völker- bündnisses sieht gerade für den Fall eines Angriffs die wirtschaftliche Unternehmung durch Völkerbündnisse zum Ausgleich einer etwa vorhandenen wirtschaftlichen Unterlegenheit gegenüber einem Gegner vor. Man darf die entsprechenden Verträge nicht zu weit ziehen, und darf nur die Herabsetzung der Rüstungen ins Auge fassen, die entweder sofort oder in ver- hältnismäßig kurzer Zeit nach Ausbruch eines Konfliktes vermehrt werden können.

Die Londoner „Times“ meldet aus Genf zur Abrüstungskonferenz: Die englische Delegation hat eine bestimmten Abrüstungsorschläge. Von den Dominions hat sich Australien gegen eine Ab- rüstung ausgesprochen, solange die Bedrohung im Osten anhält. Die Aufgabe der Abrüstungs- konferenz ist lediglich, die Möglichkeiten zu be- stimmen, um zu einer Reduzierung auf den Kap- italstand der Jahre vor 1914 zu kommen.

Neuer Frankentanz.

Gestern erlitten die beiden Frankentanzgruppen einen neuen starken Rückschlag. London notierte gestern morgen 10½ Uhr für Paris 164% gegen einen vorläufigen Schlußkurs von 161 und für Brüssel 168% gegen 164. Im Laufe des Tages verstärkte sich der Rückgang der Frankentanz weiter, so daß gestern abend am Schluß der Börse für das Pfund 172 französische und 173 belgische Franken bezahlt werden mußten. In Antwort vor die Ausgestaltung dementsprechend.

Der Weg in den Abgrund.

Die Schuld des jetzigen Parlamentarismus

Berlin, der Wochenspiegel des Reiches, tangt und laßt. Die Parteien der Mitte und ihre General- anzeigerpresse reden von der schließlichen Beseitigung der Wirtschaftslage, die Vinte bereitet die Dis- tatur vor und erfindet besaß Wohlpläne der Nation. Der Reichsanwalt Buchter, der einzige Reichsparlamentarier und Reichsminister der Regierung, wird gestützt, die Deutschnationalen die Gegner des heutigen, entarteten Parla- mentarismus der Wirtschaftslage, werden nicht mit der Regierungsbildung beauftragt und werden von dem seit ihrem Regierungseintritt im Früh- jahr 1925 gegen sie gebildeten Einheitsblock der Parteien des heutigen Parlamentarismus auch noch Mitregieren ferngehalten. Die „neue“ Re- gierung wird aus dem „alten“ Kabinett gebildet, Regierung und Reichstag des Parlamentarismus sind wieder „unter sich“.

Das Volk hat längst das Interesse für den Parteien und das Regierungswesensleber ver- zoren, aus der Glut der Politik wendet es sich zu dem Körper und Seele klar und gesund machen Sport, dem unterhaltlichen Kino und Tanz. Die Politik wird von den 500 der gestrich- tenen, denen das untere des beschaffenen Reichstags- abgeordneten Walter Lambach die Karte von Ge- schick getroffen hat, von den 500 Parteiklienten und ihrer Clique. Und das Volk, dem angeblich die Republik Freiheit und Selbstbestimmungsrecht geben sollte, ist ein Spielball in der Hand dieses heutigen Hochrades der 500 von Volkes Gaben.

Dieser Tag, dieser ganze große Traktat des Parlamentarismus, dieses Spiel am Wachs, Hemler, Diktator, ist für die Augenwächter, die Ausländer, vielleicht recht unterhaltsam, zu- mal sie dabei die Beteiligung haben, daß das ab seiner Möglichkeit, seiner Organisationsgabe und seines Einbindungselbstums so gefährliche deutsche Volk immer weiter herabfallen. Aber für uns zum alle, die wir zu diesem Volk gehören?

Es wird Zeit, daß wir „übrigen“ 68 Millionen endlich aus dem Traum und Wahn unserer an- gebliehen republikanischen Freiheit auf den 1918 ununterbrochen beschaffenen Beseitigung er- machen. Das Volk soll wissen, daß der ihm vor- angelegte Optimismus nur ein bemutet aus- gewandtes Betäubungsmittel ist, nur wie das Opium, mit dem England in Indien und China seine Macht stützt, wie der Alkohol, mit dem in Amerika und Afrika die Indianer und Neger be- tört und ruiniert wurden und werden. Es soll die Wahrheit sehen, damit es wach und nüchtern wird und sich rettet.

Die Wirtschaftsfrage heißt sich? Sei denn dem? Sein Geld? Sein Ansehen? Sein Leben? Sein Wohlstand? Sei der Landwirte? Wenn das wahr wäre, dann müßte man irgendetwas doch etwas davon spüren.

Aber man spürt nichts davon, sondern den all- gemeinen Geldmangel und die Arbeitslosigkeit von 3,6 Millionen Arbeitlosenunterstützungs- empfangern, nicht Arbeitslosenempfangern. In solcher Lage hätte man früher unterm Volke ein- mal mit Optimismus kommen lassen, wie man es jetzt in unserer Zeit systematischer Volksbedrückung tut!

Dabei ist der jetzige Notzustand nur der An- fang; das Reichsarbeitsministerium meldet zwar stolz einen Rückgang der Arbeitslosigkeit — es sind ganz 10 Proz., aber es verbleibt, daß man mit dem üblichen Parlamentarieroptimismus von der reichsständischen Steuerermäßigung von 500 Millionen eine solche „Ankurbelung“ der Wirtschaft bestimmt erwartet hatte, daß nicht nur die Arbeitslosigkeit nahezu verdreifachen, sondern aus der neu erhöhten Wirtschaft so viel höhere Beträge durch die sonstigen Steuern einkommen würden, daß nicht nur der 500 Millionenausfall gedeckt, sondern ein Ueberschuß da sein würde, auf den hin das Parlament prompt irgend weitere Neuausgaben bewilligt hat.

In Wirtschaftslage sollte die Fortdauer der Er- werbslosigkeit jetzt monatlich 140 Millionen Mark, mit den beschlossenen Erhöhungen wird das rund 2½ Milliarden im Jahr machen, für die im Deutschen Reich keine Deckung vor- gesehen ist. Dazu ist die Landwirtschaft nahezu ruiniert, so daß von ihr immer weniger Steuern einkommen werden. Das Kassenbild steht vor der Tür. Also wird man neue Steuern beschließen — und aus Parteiagitationsgründen wie bisher weitere Ausgaben —, wird damit auch die übrige Wirtschaft weiter erdrückt, also ver- stärkte Arbeitslosigkeit und verstärkte Arbeits- losennotstand hervorgerufen. Die Steuern werden



noch weitgehendster „Erhaltung der Sozietät“ nicht mehr anzusehen, dann muß man es mit Zwangsarbeiten versuchen und damit scheitern, schließlich bleibt nur der Weg der Inflation unter der ausfindigen Finanzdiktatur des Reparationskomitees, der die Inflation den Bankrott auch nicht aufhalten kann.

Angewiesen bleiben die Preise und sinken die Reallohn der Arbeiter und Realgehälter der Angestellten und Beamten, das Ausland dringt nicht wie bisher, das Volk gerät in Verzweiflung, die Vinte pulst und heilt, bis schließlich der Bolschewismus und der Hunger da sind.

Das ist nicht, das ist das Schicksal, sondern die unvermeidliche Folge unseres inneren Ausgebens und neuer Steuern zugunsten der vielen Verbraucher und gegen die wenigen Erzeuger beschließenden Parlamentarismus. Er kann nicht anders, als immer bemitteln und niemals sein lassen. Denn die von ihm zum Einkommenplan immer neuen Beschränkungen nur immer begünstigter gemacht werden, die Einkommen der Einkommen. Nein, der Einkommen der Einkommen. Nein, der Einkommen der Einkommen.

Aber das Parlament sieht es und hört es nicht, darf es nicht hören und kann es nicht ändern, denn es lebt ja in allen seinen Gliedern von der Zustimmung der Masse, die wie schon im alten Rom, wie alle Massen „panem et circenses“, Brot und Unterhaltung, fordern, so lange fordert, bis das Reich der Welt zugrunde geht, und das Deutsche Reich und Volk zugrunde geht. Das Parlament ist vollumfänglich mit seinen eigenen Fragen beschäftigt, ob Müller oder Schulze, Marx oder Zuther Reichsanwalt und A. C. bis J. Minister oder sonstige große Würdenträger werden, es lebt glänzend und sieht Silberstreifen am Horizont, aber nicht die Tränen- und Blutstreifen auf Erden.

Die Vinte, die Parteien des Volkstums und der Volkserhaltung kämpfen. Denn das Ausland hilft und fördert den Krieg zugrunde geht, und das Deutsche Reich und Volk zugrunde geht. Das Parlament ist vollumfänglich mit seinen eigenen Fragen beschäftigt, ob Müller oder Schulze, Marx oder Zuther Reichsanwalt und A. C. bis J. Minister oder sonstige große Würdenträger werden, es lebt glänzend und sieht Silberstreifen am Horizont, aber nicht die Tränen- und Blutstreifen auf Erden.

Wer von einer „Besserung“ in Deutschland redet, der muß blind sein. Es geht nicht gradlinig bergab, sondern in Kurven. Aber es geht bergab, und zwar immer schneller und hilfloser, seit in dem Kampf und Kampf um die Rettung des untergehenden Parlamentarismus die in ihrem Partei- und Kollisionsfeld immer gewissenlosere Kräfte der Welt immer größere Kräfte einströmen, um sich ihrer für die Vinte zu bedienen, wenn das Ende des Parlamentarismus da ist.

Nicht sie aber erst da, die Vintebildung, dann wird das Abwärtsklettern zum rasenden Sturz in den Abgrund des Volkstums. Denn wo sären auf leeren des heutigen korruptierten und verschuldeten Sozialismus die großen, völkerverwundlichen Kämpfer, die die von den

Ein Liebling seines Volkes.

Ludwig Finckh und die Döschmannen.

Von Senator Karl von Müller, Temesvar (Kamalien Banat).

Die Döschmannen, oder richtiger gelangt einige ihrer Führer, mühten sich lange um Finckh, ehe er selber zu ihnen ins Banat und nach Siebenbürgen kam. Sie mühten sich um ihn, daß er ein Acker, ein inniger, ein schwäbischer Mensch ist, daß aus seinen Reden und aus dem, was er auf dem Wege des bestimmten Mannes spricht, und daß er mit Kopfesser die nicht zuletzt für das Döschmannenwohl zu bedeutungsvollere Lehre der Familienlehre vertritt.

Im November 1924 kam er selber zu uns; ich hatte ihn eingeladen. Er las aus seinen Lebenswerk. Man lauschte mit angehaltenem Atem, die Augen halfen gerührt an der Schlichtheit des Mannes am Vortage und am Ende waren die alle aufgewühlt und hingestiegen, die da im Temesvarer Deutschen Hause vor Ludwig Finckh im Rahmen, dem Willigen, dem Weisen, dem Bescheidenen saßen. Schließlich sprach der Dichter über die Schicksale der Familien, über das Fehlen der Familienlehre, über das Fehlen der Familienlehre, über das Fehlen der Familienlehre, über das Fehlen der Familienlehre.

Socialisten selbst gestörte Staatsbürgern und eiserne Willkür neu erschufen? Die auf den Trümmern der von heutigen anarchischen Parlamentarismus und Sozialismus gestörten Landwirtschaft, Industrie und gesamten Privatwirtschaft des Landes, ihrer wirtschaftlichen Gesamtwirtschaft in all den Tausenden, und über Tausenden von hochkomplizierten, mit den kapitalistischen russischen Bauernbetrieben im Lande, und menschenarmen Ausland nicht vergleichbaren Betrieben erstiegen?

Wer von einer Besserung in Deutschland, statt von dem nahen Abgrund redet, der muß schließlich ein Es gibt in der Besserung, solange der heutige die Produktion vernichtenden Parlamentarismus dauert, der haltlos in die Vintebildung und weiter in den Bolschewismus treibt.

Dr. S. E. 1. 3.

Wie wir zuverlässig erfahren, sind die Vorarbeiten im Reichsinnenministerium für die große Reform seit wenigen Tagen beendet. Die Vorlage des Reichsinnenministeriums wird nach ihrer Annahme im Reichstag mit Beschlusung dem Reichstag und von diesem dem Reichstag gehen. Ebenso nähert sich das Ausschüssegesetz zum Art. 48 der Reichsverfassung seinem Abschluß, das die Voraussetzung des Ausnahmestandes genau festlegen soll.

Heute Regierungserklärung.

Reinigungsverordnungen zwischen den beiden Flügelpartei.

Das Zentrumorgan „Germania“ teilt mit, daß die Besprechungen im Gange seien der Standpunkt der Regierungspartei zu der Regierungserklärung durch eine gemeinsame Verhandlung mit dem Reichstag zu bringen. Jedoch hätten die Verhandlungen gezeigt, daß zwischen den beiden Flügelpartei der Regierungskoalition nicht übereinstimmend eine gemeinsame Verhandlung mit dem Reichstag zu bringen. Jedoch hätten die Verhandlungen gezeigt, daß zwischen den beiden Flügelpartei der Regierungskoalition nicht übereinstimmend eine gemeinsame Verhandlung mit dem Reichstag zu bringen.

Mittrauenstrategie gegen die Regierung dürfen nur von den Kommunisten und von den Völkern zu erwarten sein. Was den sozialdemokratischen Flügel angeht, so haben die Sozialdemokraten mehrmals erklärt, daß die Sozialdemokraten sich damit begnügen würden, daß dieser Antrag dem Ausschuss überwiesen werde, der über die Schaffung der Einzelgesetzlage beraten soll.

Schluss der Putschdebatte im Landtag.

Die Vinte wünscht ein Ausführungsgesetz zu Artikel 48.

Im Preuss. Landtag legte gestern der völkerverwundliche Abg. v. E. einen Antrag seiner Partei vor, der das Staatsministerium ersucht, den von den Hausjuristen Betroffenen, soweit der Reichstag nicht entgegenzutreten vermag, die Gewährung zu geben und die schuldigen Strafen zu bestreiten. Dieser Antrag wurde vom Landtag jedoch mit 216 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Dr. Weismann (Dn) machte die Resolution, die aus Reich und Sonderrecht gehören teils, verantwortlich dafür, daß sich wieder der zweite Zweipunkt des deutschen Volkes so klar zeigt, über den auch Bismarck oft geklagt hat. Oberregierungsrat Dr. Körner (Völkisch) nannte das Vorgehen der Polizei einen Verstoß gegen den vaterländischen Geist in Deutschland hätten.

Der Abg. Fiedl (Komm.) erklärte, daß die Kommunisten gar nicht an einen Putsch dächten, sondern durch Aufklärung des Volkes schließlich

von selbst einen gewalttätigen Umsturz (!) der bestehenden Staatsform zu erzielen hofften.

Der Antrag wurde dann gegen die Sozialdemokratische, Völkische und Kommunisten endgültig verabschiedet. Dazu fand noch ein Antrag der Regierungspartei Annahme, der die Staatsregierung ersucht, auf die Reichsverfassung im Sinne der heutigen

Vorlage eines Ausführungsgesetzes zu Art. 48 der Reichsverfassung

über den Ausnahmestand einzutreten. Gegen diesen Antrag stimmten die Sozialdemokratische, Völkische und andere kleine Gruppen. Seine Annahme konnte nur — unter großer Heftigkeit des ganzen Hauses — dadurch herbeigeführt werden, daß die Kommunisten, für die Fiedl sich in der Debatte hatte gegen ein solches Ausführungsgesetz gewandt hat, sich nunmehr der Stimme enthielten.

Bei den Abstimmungen

zum Kallus- und zum Forstzeit wurde u. a. in zweiter Lesung ein demokratischer Antrag angenommen, der vorsieht, daß jede öffentliche und öffentliche kontraktliche Schuld an nun im Besitz einer schwarz-rot-goldenen Reichsflagge sein muß, die bei bestimmter Gelegenheit zu zeigen hat. Beschlüsse wurde ferner u. a. bei der Auflösung der Privatfirmen Härten auszugleichen durch finanzielle Entschädigungen. Die Anträge wegen Erhöhung des Schulden- und auf höhere Besoldung der Beamten wurden nochmals der Ausschussübertragung überlassen. Annahme fand ein Antrag auf Errichtung von Schülerheimen bei Volksschulen. Der Zusatzantrag des Zentrums, die Vorschule funktionell zu gestalten, wurde abgelehnt.

In der Polizeikommision der sozialdemokratischen preußischen Innenminister gegen die Reichsverordnung ist bis heute feinerlei Einseitigkeit der Reichsanwaltschaft eingegangen, ob das vorübergehende Verordnungsverfahren eröffnet werden soll. In allen ähnlichen Fällen war die Stellungnahme der Reichsanwaltschaft immer schon nach weniigen Tagen vorgetragen und bei parlamentarischen Verhandlungen für sich genommen ist. Aus dem Jögern der Reichsanwaltschaft lassen sich schon jetzt bestimmte Rückschlüsse ziehen. Es sind von der preußischen politischen Polizei bei insgesamt 33 führenden Männern der deutschen Industrie und des Handels Hausdurchsuchungen abgelaufen worden.

Aus dem Reichstag.

Die Handelsabkommen

mit Spanien, Portugal, Honduras und Eliland und das Zulassungsverbot mit Frankreich wurden gestern im Reichstag in zweiter und dritter Lesung angenommen. In der Aussprache war besonders der spanische Vertrag Gegenstand der Kritik. Von links wurde man sich über die Beschränkung der Industrie zugunsten der Landwirtschaft, von rechts sang es umgekehrt. Gegen die Verträge stimmten aber schließlich nur die Kommunisten, die Völkischen und ein Teil der Sozialdemokraten. — Zu heftigen Auseinandersetzungen führte ganz wider Erwarten dann der Antrag der Völkischen auf

Aufhebung des Republikfluchtgesetzes.

Im Reichsausschuss war der Antrag abgelehnt worden, man hielt dort die ganze Frage noch nicht für spruchreif, weil bei der Reform des Strafgesetzbuches die jetzt im Republikfluchtgesetz festgesetzte Strafe noch ernsthaft werden mußte. Der Abg. Kruze aber den Antrag zugunsten, jag er auch die jüngste preußische Polizeikommission gegen Kall und Genossen in die Debatte.

Der kommunistische Abgeordnete Dr. Rosenberger trat für die Aufhebung des Republikfluchtgesetzes ein, weil er meinte, es werde doch nur gegen Kommunisten und niemals gegen Sozialdemokraten von rechts angewandt. Diese Ansicht äußerte auch der sozialdemokratische Abg. Dr. Levi, der

Ingenuerziehung in Berlin.

Am 8. und 9. Mai tagte der Ingenieurverband hiesiger Techniker u. V. im Charlottenburger Rathaus. Die Verhandlungen zu denen aus allen Teilen des Reiches Reichstag in großer Zahl erschienen waren, fanden ihren Höhepunkt in einer öffentlichen Sitzung am Sonntagvormittag. Unter den geladenen Gästen bemerkte man die Herren Reg.-Dir. Prof. Dr. Böhm als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin, Ministerialrat Prof. Hoffmann als Vertreter des Preuss. Ministers für Handel und Gewerbe, Oberbaurat Dr. Schindler als Vertreter des Brandenburgischen Provinzial-Schulkollegiums, Prof. Schindler als Leiter des Gewerbeschuleferminiums in Berlin, Oberstudiendirektor Ing. C. Wolf von der Technischen Hochschule in Berlin, Oberstudiendirektor Dipl.-Ing. Trost, Leiter der hiesigen Maschinenbauschule Leipzig, als Vertreter des Rates der Stadt Leipzig, Prof. Anselm, Direktor des Technischen Mittelschule, Dr. Glage vom Ministerium der Reichs- und Ingenieurverwaltung, Vorsitzender des Bundes deutscher Ingenieurvereine, als Vertreter des Reichsbundes deutscher Techniker, sowie zahlreiche Vertreter anderer Verbände und Organisationen.

In der Sitzung referierte Ministerialrat Prof. Hoffmann über „Die höheren Maschinenbau-

die Verantwortung haftet aber nicht dem Gesetz, sondern nur dem ungenügenden Aufgehoben Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik auf, Dr. Levi wollte wiederum die Hauptverantwortung des Gesetzes aufrecht erhalten lassen.

Die ganze Aussprache hatte sich in recht erregten Formen abgepielt. Zwischen den Völkischen und den Sozialdemokraten wurden während der Neben bündliche Zurufe ausgetauscht. Dr. Levi und der völkische Abg. Dr. Fiedl mochten sich besonders schwere Formeln gegenseitig. Die allgemeine Erregung steigerte sich noch, als dann der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulze, erklärte, seine Freunde hätten nun im Reichsausschuss gegen den Antrag gestimmt, aber inzwischen habe sich die Situation verändert, durch die preußische Aktion gegen Kall und Genossen.

Dr. Schulze bezeichnete dabei das Vorgehen der preußischen Regierung mindestens in der Form als einen Mißbrauch der bestehenden Gesetze. Diese Erklärung rief bei den Demokraten und den Zentrumsgenossen, die mit der Volkspartei zusammen in der Regierungskoalition sitzen, große Bewegung hervor und der Zentrumsvizepräsident u. Gwardar wie die Angriffe gegen die preußische Regierung scharf zurück.

Südkamerienation.

In der gestern gemachten amtlichen Bekanntgabe über das Reichsreiseverbot sind die inneren politischen Drucksachen unterlaufen. Die Stelle heißt richtig:

„Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmerechtigende, der die Zustimmung gestellte Frage bejahen will, das „ja“, der Stimmerechtigende, der sie ablehnen will, das „nein“ bezeichnet.“

Die englischen Bergarbeiter.

Kreier meldet aus London: Die Haltung der Bergarbeiter gegenüber dem Einigungsversuch Baldwin ist noch ungenügend. Die Bergarbeiter werden den Premierminister heute abend aufsuchen, um einige Klärstellungen zu erhalten. In einer großen Bergarbeiterversammlung in Wigan (Industriegebiet von Manchester) wurden die Vorkämpfer Baldwin einmütig verworfen. Die Grabenarbeiter erklären die Weltung, wonach sie den Vorkämpfer ablehnend gegenüberstehen, für falsch und weisen darauf hin, daß sie erst am Donnerstag die endgültige Entscheidung treffen werden.

Die Rappenberger „Nationalistische“ melden aus London: Nach Besichtigung des Generalkonvents beginnt die Regierung mit der Säuberung Englands von den russischen Kommunisten. 220 Ausweisungsbefehle sind innerhalb der letzten drei Tage ausgeprochen worden. Die Gefängnisse in London und Liverpool sind von russischen Agenten überfüllt, die von der Streikleitung verborgen gehalten worden waren, jetzt aber von Polizei und Militär als russischer Agenten aufgegriffen und außer Landes geschafft worden.

Nachfrage Brasiliens in der Völkerverbundfrage?

Nach Rücksicht der Beratungen des Prüfungsausschusses für die Zulassung des Völkerverbundes haben noch politische Besprechungen zwischen dem deutschen Völkischer von Soch und dem brasilianischen Vertreter Montarrosso stattgefunden. Montarrosso hat kurz vor der Abreise des deutschen Völkischen diesen aufgegriffen und ihm über die brasilianische Haltung in der Völkerverbundfrage seine Meinung ausgesprochen. Er hat erklärt, daß die durch die letzten Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits hervorgerufenen günstigen Eindruck von den Völkischen hinsichtlich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund nur noch wesentlich zu bestätigen geeignet sind,

schien und die neuen Forderungen der technischen Kräfte“. Der Vortragende betonte, daß die Praxis in erster Linie hochtechnische Völkischer fürfordere. Der Lehrplan der höheren Maschinenbauschule soll, wie der Preuss. Minister für Handel und Gewerbe, dem diese Schulen unterstehen, wünscht, dieser Forderung entsprechen, ohne daß sich hierüber der bewährte Charakter dieser Schulen seinem Wesen nach ändern. Nach wie vor wird es sich darum handeln, neben Betriebsingenieuren gute Konstrukteure heranzubilden. Die Völkischen Ministerien haben bereits dazu beigetragen, daß konstant der Betrag von einer Drittel Million Mark für deren Durchführung in Preußen bereitgestellt worden ist. Besondere Bedeutung hat die Völkischenausbildung, die besonders in der Richtung entwickelt werden soll, daß die Anzahl mit ihren zünftigen Bewüssem so frühzeitig wie möglich in Beziehungen kommt.

In einem weiteren Vortrag gab Gewerbedirektor Ing. C. Schumann (Welsch) einen geschichtlichen Überblick über die Bestrebungen, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu schaffen. Er erklärte, daß der Ingenieur nicht auf einer Schule geschaffen wird, nicht die formale Ausbildung ist maßgebend, sondern das Können.

Hochschulnachrichten.

Berlin. Dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Friedrich Schönmann, bisher in Münster, ist ein Lehrauftrag für Kulturwissenschaften an der philosophischen Fakultät der Universität Berlin erteilt worden.

Moskau. Der Berliner Universitätsprofessor Dr. C. Leske ist eingeladen worden, auf dem 2. Kongress d. S. in Moskau statistischen und ethnographischen Vorträge über die Störungslehre zu halten.